

Wirtschaft und Verwaltung Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Wirtschaft und Verwaltung

07.07.2010

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014

Schuldenbremse wird eins zu eins umgesetzt!



Nachtragshaushalt

Am 7. Juli 2010 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und den Finanzplan [GLOSSAR] bis zum Jahr 2014 beschlossen. Damit wird eine entscheidende Trendwende eingeleitet. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Bund seine Neuverschuldung massiv ausgeweitet – gerade auch um mit gezielten Maßnahmen die Folgen der Krise abzufedern. Dies hat Früchte getragen – im internationalen Vergleich ist Deutschland mit einem „blauen Auge“ davon gekommen. Jetzt gilt es umzusteuern – die historisch hohe Neuverschuldung wird in den nächsten Jahren Schritt für Schritt zurückgeführt.

Grundlage für die Planung des neuen Haushalts

Den diesjährigen Haushaltsberatungen lag der noch von der vergangenen Bundesregierung beschlossene Finanzplan aus dem Sommer des Jahres 2009 zugrunde. Dieser Finanzplan war aber in mehrerer Hinsicht überholt bzw. überarbeitungsbedürftig:

Zunächst einmal ging er von einer pessimistischeren Erwartung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Deshalb waren z.B. Ausgaben für Arbeitslosigkeit zu hoch angesetzt und die erwarteten Steuereinnahmen zu gering geschätzt.

Des Weiteren hat die letzte Bundesregierung im alten Finanzplan vorgezeichnet, dass ab dem Jahr 2011 die neue Schuldenbremse [GLOSSAR] greift. Dementsprechend hat sie für die Jahre 2011 bis 2013 – auf der Grundlage der Erwartungen aus dem Sommer 2009 – den sich hieraus ergebenden absehbaren finanzpolitischen Handlungsbedarf identifiziert.

Sie hat ihn allerdings noch nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt, um die politischen Schwerpunktsetzungen der nächsten Bundesregierung nicht zu präjudizieren. Technisch heißt das, dass der bislang geltende Finanzplan so genannte „Globale Minderausgaben“ enthielt, die von Jahr zu Jahr anstiegen – von 4,9 Mrd. € im Jahr 2011 bis auf 18,5 Mrd. € im Jahr 2014. Diese Globalpositionen mussten jetzt aufgelöst werden.

Koalitionsvertrag und Schuldenbremse

Zu guter letzt konnte der alte Finanzplan naturgemäß nicht neue politische Richtungsentscheidungen abbilden. Das mit dem Koalitionsvertrag vereinbarte Sofortprogramm der Bundesregierung, insbesondere die Entscheidung, in den Jahren 2010 bis 2013 für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung zusätzlich insgesamt 12 Mrd. € in die Hand zu nehmen, konnte also erst jetzt in den Haushalt [GLOSSAR] 2011 und den neuen Finanzplan eingearbeitet werden.

Weiterer Anpassungsbedarf bestand mit Blick auf die neue Schuldenbremse. Sie sieht vor, dass der Bund seine strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes zurückführen muss – dies sind rd. 10 Mrd. €. Ausgangspunkt für den Abbaupfad ist das strukturelle Defizit [GLOSSAR] des laufenden Jahres. Während wir bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 noch von einer Neuverschuldung in Höhe von 80,2 Mrd. € und einem strukturellen Defizit von rd. 67 Mrd. € bzw. 2,8 % des BIP ausgingen, hat sich die Ausgangslage deutlich verbessert. Gegenwärtig rechnen wir für das Jahr 2010 mit einer Nettokreditaufnahme [GLOSSAR] in Höhe von 65,2 Mrd. € - das strukturelle Defizit wird sich demnach auf 53,2 Mrd. € bzw. 2,2 % des BIP belaufen.

Diese aktualisierte Einschätzung zum Haushaltsvollzug des laufenden Jahres hat die Bundesregierung bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 zugrunde gelegt. Das heißt das strukturelle Defizit 2011 darf nunmehr „nur noch“ 1,9 % des BIP betragen und nicht 2,4 %, die es ohne diese Aktualisierung gewesen wären. Auch in den Folgejahren fällt die erlaubte strukturelle Neuverschuldung so weit aus geringer aus.

Entwurf 2011 und Planung bis 2014

Im Rahmen ihrer Kabinettklausur Anfang Juni 2010 hat die Bundesregierung die Weichen so gestellt, dass sowohl der Regierungsentwurf 2011 als auch der Finanzplan bis 2014 die Bedingungen der Schuldenbremse erfüllen. Die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden berücksichtigt. Das Sofortprogramm der christlich-liberalen Koalition wurde für die Jahre 2011 bis 2014 fortgeschrieben. Der auf Basis der aktuellen Entwicklung im Haushalt 2010 errechnete Konsolidierungsbedarf wurde mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Hierfür hat die Bundesregierung ihr Zukunftspaket geschnürt, das in den Jahren 2011 bis 2014 Konsolidierungsfortschritte in Höhe von insgesamt rd. 82 Mrd. € vorsieht:

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|--|------|------|------|------|
| Subventionsabbau und ökologische Neujustierung | | | | |
| Abbau von Mitnahmeeffekten bei Energiesteuervergünstigungen, Luftverkehrsabgabe | 2,0 | 2,5 | 2,5 | 2,5 |
| Beteiligung von Unternehmen | | | | |
| Ausgleich der Kernenergiewirtschaft, Bahndividende, Finanzmarkttransaktionssteuer (ab 2012), Fiskusprivileg bei <u>Insolvenz [GLOSSAR]</u> | 3,3 | 5,3 | 5,3 | 5,3 |
| Neujustierung von Sozialgesetzen | | | | |
| <u>Arbeitsmarkt [GLOSSAR]</u> , Elterngeld, Wohngeld (Streichung Heizkostenzuschuss), zusätzlicher Steuerzuschuss GKV (nur 2011) | 3,0 | 7,0 | 9,4 | 10,9 |
| Streitkräftereform | | | 1,0 | 3,0 |
| Einsparungen im Verwaltungsbereich | | | | |
| Kürzung disponibler Ausgaben, Kürzung der Bezüge, | 2,3 | 3,3 | 3,9 | 3,9 |

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|--|---------------|------|------|------|
| Stellenabbau | | | | |
| Weitere Maßnahmen: | | | | |
| Verschiebung Berliner Stadtschloss, Zinsersparnis durch Verringerung der Neuverschuldung | 0,6 | 1,1 | 1,7 | 2,0 |
| Summe | 11,2 | 19,1 | 23,7 | 27,6 |
| | rd. 82 Mrd. € | | | |

Im Ergebnis sinkt die Neuverschuldung von rd. 65 Mrd. € im laufenden Jahr auf 57,5 Mrd. € im Jahr 2011. 2012 beläuft sie sich auf 40,1 Mrd. €, 2013 beträgt sie 31,6 Mrd. € und im Jahr 2014 sinkt sie noch einmal auf dann 24,1 Mrd. €. Damit wird die Schuldenbremse eins zu eins eingehalten.

Mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2011 und dem Finanzplan bis 2014 hat die Bundesregierung die ersten, wesentlichen Schritte auf ihrem Konsolidierungspfad zurückgelegt. In den nächsten Jahren werden weitere Schritte folgen müssen. Das verlangt die Schuldenbremse, nach der ab dem Jahr 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes maximal 0,35 % des BIP betragen darf.

Die Bundesregierung reduziert die Neuverschuldung. Das ist notwendig, um den Wohlstand unseres Landes zu erhalten, den Sozialstaat auf Dauer zu sichern, Arbeitsplätze zu schaffen und unseren Kindern und Enkelkindern eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Weitere Informationen

DOWNLOAD: [Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014 \[PDF, 150 KB\]](#)
[Schuldenbremse zwingt zu Konsolidierung](#)

VIDEO [Schäuble zur Sache - Fragen zum Thema: "Bundeshaushalt 2011"](#)

EXTERN: [Bundestagsdrucksache 17/2500](#)

DOWNLOAD: [Finanzplan des Bundes 2010 - 2014 \[PDF, 779 KB\]](#)

Diese Seite finden Sie unter:

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_3378

[/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik](#)

[/Bundeshaushalt/20100707-Regierungsentwurf-Bundeshaushalt-2011.html](#)

Kontakt

Referat für Bürgerangelegenheiten
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin

E-Mail: buengerreferat@bmf.bund.de

Web: www.bundesfinanzministerium.de

[Impressum](#) [Datenschutz](#)